

# „Wir brauchen ein positives Bekenntnis zu dem, was wir sind!“

## Maximilian Krah (AfD-MdEP) über die Zukunft Europas und Deutschlands

**Maximilian Krah engagierte sich nach der Wiedervereinigung politisch zunächst bei der Jungen Union, später in der CDU. Dort trat er nicht nur aus Protest gegen die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel 2016 aus: Die Union sei in fast allen zentralen Politikbereichen von ihrer traditionellen Linie abgewichen und befördere eine rot-grüne Agenda, was er nicht habe mittragen wollen.**

MAXIMILIAN KRAH IM GESPRÄCH MIT BERND KALLINA

*Heinrich Heine schrieb 1843 in seinen „Nachtgedanken“ den vielzitierten Satz: „Denk ich an Deutschland in der Nacht / Dann bin ich um den Schlaf gebracht / Ich kann nicht mehr die Augen schließen / Und meine heißen Tränen fließen“. Herr Krah, in welchem Zustand befinden Sie sich, wenn Sie an Europa denken?*

Nicht ganz im selben wie Heine, weil er das Gedicht ja in Gedanken an seine Mutter geschrieben hat ...

*Aber nicht nur. Das Gedicht hat auch einen politischen Bezug zur revolutionären Vormärzzeit des 19. Jahrhunderts, beides wird angesprochen ...*

Das stimmt schon, aber jetzt der Reihe nach: Meiner Mutter geht es gut, und was unseren Kontinent angeht, unterscheide ich hellwach und trennscharf zwischen Europa und der EU. Ich glaube, daß sowohl in Europa als auch in Deutschland sich noch so viel Samen im Boden befindet, daß es jederzeit möglich sein wird, ihn wieder fruchtbar werden zu lassen. Daß wir aber zuvor den Gletscher auftauen müssen, der sich wie ein Kältepanzer über Deutschland und Europa geschoben hat, das ist unsere Aufgabe. Die riesige Eisschicht wird irgendwann den Boden wieder freigeben. Dann stehen uns auch wieder ein blühendes Deutschland und Europa bevor.

*Dieses schöne Bild vom aufzutauenden Gletscher hat es ja in sich, denn vermutlich würden weder Sie noch andere verantwortungsbewußte Politiker ernsthaft dem Gedanken einer notwendigen Kooperation der europäischen Völker und Nationen im Prinzip widersprechen. Von welchen Prämissen müßte ein realpolitischer Ansatz europäischer Zusammenarbeit aber ausgehen?*

Bild: Pinelarche, Maximilian Krah



Ich hätte Ihnen die Frage vor fünf Jahren leichter beantworten können als heute. Wir sind nämlich politisch inzwischen an einer Stelle angekommen, wo es über die „Wir-Frage“ keinen Konsens mehr gibt. Zwar ist klar, daß Realpolitik immer nach den Eigeninteressen fragt. Man möchte das Eigene bewahren, also Selbsterhalt anstreben und dabei seinen Vorteil mehren sowie Schaden abwenden. Aber vorab ist die Frage zu klären: Was ist das Gemeinsame, was ist diese europäische Gemeinschaft überhaupt? Und hierbei haben wir aus zweierlei Gründen einen tiefen Dissens.

*Und die wären?*

Zum einen, weil sich unsere sogenannten Eliten nicht mehr mit der gewachsenen Gemeinschaft als deutsches Volk und als europäische Bürgergemeinschaft identifizieren, sondern sich als Weltbürger verstehen und an irgend etwas wie ein Globalwohl glauben, eine Art Moralimperialismus praktizieren, der als „woker“ Universalismus daherkommt. Und das zweite ist, daß durch die Masseneinwanderung die Völker Europas, die eigentlichen Träger der Souveränität, mittlerweile in eine schwere Identitätskrise geraten sind. Von daher

beginnt eine europäische Renaissance damit, daß wir uns zuerst einmal wieder zu einem „Wir“ zusammenfinden. Wir als Deutsche, die anderen Völker, und dann alle europäischen Völker zusammen, wahrgenommen als etwas spezifisch Europäisches in einer Welt, die eben nicht nur westlich ist, sondern in der auch Indien, China, Afrika usw. verstärkt mitreden werden. Insofern ist der erste Schritt tatsächlich die Wiederherstellung unserer Identität. Und wenn das geklappt hat, dann sind wir auf der Ebene der Realpolitik, d.h. Nutzen mehren, Schaden von uns wenden und vor allem den Selbsterhalt gewährleisten, also die politische Selbstbehauptung gestalten.

*Es gibt ja mindestens zwei Positionen bei den Gestaltungskonzepten einer Finalität Europas: Einmal die Vorstellung eines Staatenbundes, der in Schnittmengen gemeinsame Ziele verfolgt, z.B. in der Außen- und Sicherheitspolitik, und dann die schrittweise Herbeiführung eines Brüsseler EU-Zentralstaats, auch ohne demokratische Legitimation. Allerdings wird die Zentralstaatsoption in letzter Konsequenz nur von den postnational geprägten bundesdeutschen Funktionseliten angestrebt, erneut also ein deutscher Sonderweg?*

Lassen Sie mich das Problem durch einen trefflichen Witz veranschaulichen. Da sitzen ein Tscheche, ein Franzose, ein Spanier und ein Deutscher zusammen und stellen sich mit ihrer Nationalität vor: So bekennen sie: „Ich bin Tscheche“, „Ich bin Franzose“, „Ich bin Spanier“, und einer sagt: „Ich bin Europäer“, worauf alle anderen blitzartig antworteten: „Du bist Deutscher!“ Sie sehen, ein Witz sagt manchmal mehr als tausend Worte!

Es geht ja darum, daß die deutschen Leitmedien und ihre Politiker über das Projekt Europa aus ihrer nationalen Identität flüchten wollen und damit ihre

**Maximilian Krah, Jahrgang 1977, geboren in Sachsen, ist Jurist mit beiden Staatsexamen sowie Absolvent eines MBA-Studiums, das gemeinsam von der London Business School und der Columbia Business School (New York) getragen wurde. Seit 2019 sitzt er für die AfD im Europäischen Parlament und gehört dort der Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) an. Er ist u.a. Delegierter für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für internationalen Handel (INTA).**

identitäre Bindungslosigkeit zum Ideal erheben. Aber wenn Europa gelingen soll, brauchen wir ein positives Bekenntnis zu dem, was wir sind. Wir sind also nur dann Europäer, wenn wir uns vorher als Deutsche begreifen. Ein Europäer, der kein Deutscher sein will oder kein Angehöriger seines Volkes, ist insofern auch kein wirklicher Europäer, weil Europa nur über die Vielfalt der Völker vorstellbar ist. Es kann kein Europa geben, das etwas anderes ist als ein kooperativ angelegter Bund der kulturell unterschiedlichen Vaterländer.

*Der Historiker Heinrich August Winkler, übriges SPD-Mitglied, bemerkte in einem längeren „FAZ“-Beitrag, daß Europa kein „anti-nationales Konzept“ verfolgen dürfe. Es solle „die Nationen nicht überwinden, sondern überwölben“. Näherete er sich damit dem Schlagwort vom „Europa der Vaterländer“, das einst der französische Staatspräsident Charles de Gaulles in die Debatte geworfen hatte?*

Winkler gehört zweifellos zu jenen Sozialdemokraten, die sehr lebensnah die nationale Ebene als historisch bedeutsamen Faktor beachtet haben. Ich stimme zwar Winklers Thesen nicht zu, die er in seinem Buch „Der lange Weg nach Westen“ entwickelt hat, das halte ich ja für den Fehler der alten Bundesrepublik. Aber man muß eines auf jeden Fall konstatieren: daß die deutsche Sozialdemokratie, allein schon von ihrer Entstehungsgeschichte her betrachtet, immer eine Partei gewesen ist, die den nationalen Rahmen respektiert hat, von den antideutschen und linksextremen Einschlägen der 68er-Jusos einmal abgesehen. Das kann man ja durchaus zugestehen, auch wenn man kein Linker ist. Bedenklicher sind die Rheinbund-Tendenzen der Christdemokraten. Und von daher würde ich sagen, daß ein sozialdemokratischer Historiker, der sich um die deutsche Geschichtsschreibung verdient gemacht hat – ohne daß ich seiner Kernthese zustimme –, sich hier sehr vernünftig über das Zusammenspiel von Nation und Europa äußert. Es wundert mich nicht, bei Christdemokraten solche Stimmen seltener zu hören.

*Ein Rückblick auf die Anfangsjahre der europäischen Geschichte nach dem verhängnisvollen Zweiten Weltkrieg zeigt ja prosperierende Jahre höchst gelungener Kooperationen der damaligen EWG im wirtschaftlichen Bereich. Erst mit der Aufgabe nationaler Währungen durch die Einführung des Euro sowie die gebrochenen Maastricht-Kriterien sei ein falscher Kurs in der Europakonzeption eingeschlagen worden, beklagen Kritiker. Stimmen Sie zu? Falls ja, was folgt daraus für die Zu-*

*kunft? Etwa ein Wiederanknüpfen an Prinzipien der erfolgreichen EWG?*

Ich glaube, daß die Westeuropa-Begeisterung in der frühen Nachkriegszeit damit zusammenhing, daß man die westdeutsche Bundesrepublik in Frontstellung zu Osteuropa aufgebaut hatte. Das halbe Deutschland transatlantisch einzuwickeln, so lautete das damalige Erfolgsrezept, wobei es gleichzeitig um Einhegung ging. Als Aufgabe wurde gesehen, dieses Volk zu integrieren, weil man sich davor fürchtete, daß ein wiedervereinigtes Deutschland ein Kraftzentrum würde. Und daher denke ich, daß das alte, westliche EWG-Konzept nicht auf die neue Landkarte mit einem offenen Europa, wozu auch Mittel- und Osteuropa gehören, einfach übertragen werden kann. Die EWG war ein Kind des Kalten Kriegs und hat damals auch wunderbar funktioniert, aber wir haben diesen Rahmen ja nicht mehr! Insofern muß eine europäische Kooperation der Zukunft zu den heutigen Realitäten passen.

*Interessant erscheint im Rückblick die Begründung der angeblich alternativlosen Abschaffung der harten DM durch den CDU-Kanzler Helmut Kohl. Der operierte mit der Schreckensparole, daß die Einführung des Euro eine „Frage von Krieg und Frieden“ sei. Aber wäre denn wirklich ein Krieg ausgebrochen, wenn die Deutschen an ihrer Währung festgehalten hätten?*

Nein, das glaube ich nicht. Wenn wir aber ganz weit zurückblicken, erkennen wir, daß Frankreich darunter litt, daß die Deutsche Mark so dominant war. In Wahrheit hatten wir vor dem Euro den Umstand, daß die europäische Wirtschafts- und Währungspolitik in Frankfurt/Main gemacht wurde. Der Franc mußte ständig abwerten, und diese Macht wäre nach der Wiedervereinigung weitergewachsen. Heißt also, die Bundesbank hätte die französische Zins- und Währungspolitik *de facto* mitbestimmt. Das wollte Frankreich nicht akzeptieren, so daß Mitterrand die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung an eine Europäisierung der DM knüpfte. So ist ja auch der Euro konzipiert worden ...

*... dessen Stabilitäts- und Sicherheitskriterien aber dann – trotz heiliger Versprechungen vorab, siehe den CDU-Slogan „Der Euro wird so hart wie die DM“ – nicht eingehalten wurden ...*

Ja, am Ende wurde aus einer europäisierten DM ein europäisierter Franc, und jetzt wird daraus eine europäisierte Lira, was Währungs- und Finanzfachleute allerdings nicht überrascht haben dürfte. In Wahrheit ging es darum, daß Kohl als linksrheinischer Katholik das Erfolgsmo-

dell der alten Nachkriegs-BRD fortsetzen wollte, nämlich den engen deutsch-französischen Motor. Und er sah in dieser Abstimmung den Garanten des Friedens in Europa. Insofern operierte er mit der etwas dramatischen Aussage von „Krieg und Frieden“. Letztlich hatte Kohl nicht den Mut zum Alleingang. Er stieß zwar das Tor zur Wiedervereinigung und damit für die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes auf, aber ihm fehlte dann letztlich der Mumm, hindurchzulaufen. Das war Kohls Fehler. Er hätte einfach sagen müssen, das machen wir nicht, dann hätte zwar die Bundesbank über die Stärke der DM sicher europaweit die Währungspolitik dominiert. Aber das wäre für Europa besser gewesen als das, was wir jetzt haben!

*Sehen Sie eine realistische Alternative zum Euro?*

Es ist und bleibt richtig, daß der Euro so nicht funktioniert. Aber es ist auch klar, daß jedes denkbare Ausstiegsszena-



**Der Historiker Heinrich August Winkler, SPD-Mitglied, bemerkte schon 2010 in der „FAZ“, daß die EU kein antinationales Konzept verfolgen und das vereinte Europa die Nationen nicht überwinden wollen dürfe, sondern überwölben müsse.**

rio unglaublich viel kosten würde. Ich glaube, daß wir den Euro nur deshalb noch haben oder die Zustimmung zu seiner Abwicklung nicht signifikant größer ist, weil man diese Auflösungskosten scheut. Man bleibt also in einem – auch ökonomisch schädlichen – Währungsverbund, weil man massive Angst vor den kurzfristigen ökonomischen Kosten der Auflösung hat. Denn man müßte davon ausgehen, daß in Ländern wie Italien oder auch Griechenland, also in einem großen Teil des Mittelmeerraums, eine erhebliche Verarmung die Folge wäre und es zu massiven Migrationsströmungen innerhalb Europas kommen würde.

*Ein enormer und zusätzlicher Vertrauensverlust ist kürzlich durch einen gewaltigen EU-Korruptionsvorfall eingetreten. Es geht um die griechische Sozialdemokratin Eva Kaili, immerhin ehemalige Vizepräsidentin des EU-*

Parlaments, die mit insgesamt 1,5 Millionen Euro an Bestechungsgeldern erwischt wurde. Welche Folgen hat dieser Skandal?

Der Skandal ist für mich schwierig zu beurteilen, weil er noch nicht völlig aufgeklärt ist. Frau Kaili kannte ich nur dem Gesicht nach. Berichtet wird, daß das Geld geflossen sei, damit Katar mit seinen rund 300.000 Staatsangehörigen Visum erleichterungen bekommt. Das Problem dabei: Es gab wenige rationale Gründe, den Kataris diese Erleichterungen nicht zu gewähren, weil es sich bei ihnen um ein wohlhabendes Völkchen handelt. Die Wahrscheinlichkeit, daß deren Angehörige alle nach Europa kommen könnten, um hier Sozialhilfe zu beantragen, ist also relativ gering. Von daher überrascht mich der enorme Betrag, auch diese lächerliche und unprofessionelle Umsetzung des „Skandals“. Insofern stehe ich etwas ratlos vor diesen Anschuldigungen, weil mir doch der Betrag – gemessen an dem Anliegen – unverhältnismäßig erscheint. Ich bin also gespannt, was dabei tatsächlich herauskommt.

Generell muß aber eines klar sein: Jede Machtzentrale, die für den normalen

regelmäßigen Abständen äußern sich Vertreter des etablierten Parteiensystems besorgt und mit starken Worten über die unhaltbaren Zustände. So forderte ganz aktuell der österreichische Innenminister Karner im

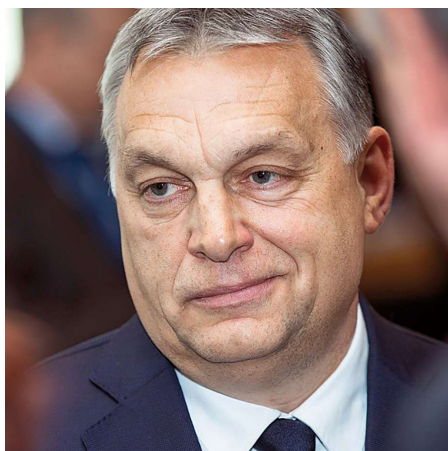


Bild: Wikimedia Commons / European People's Party (CC BY 2.0)

**Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán repräsentiert in eindrucksvoller Weise das Alternativprogramm zur Regenbogen-EU. Er lehnt die Massenzuwanderung ebenso ab, wie er die christlichen Wurzeln Ungarns betont. Wie lange wird er dem Druck aus Brüssel standhalten, das mit allen Mitteln versucht, seine Abwahl zu erzwingen?**

In der Schweizer „Weltwoche“ 24/2023 hat die Kolumnistin Anabel Schunke darauf hingewiesen, daß die neue Regelung nur für Asylwerber gilt, die aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von unter 20 % kommen und deren Asylantrag deshalb wenig Aussicht auf Erfolg hat. Zu diesen Ländern zählen Georgien, Rußland (Tschetschenien!), Serbien, Albanien, Nordmazedonien und Moldau, aber auch Nigeria, Ghana, Tunesien und Indien. Schunke schreibt: „Das ist insofern relevant, als seit Jahren die mit Abstand meisten Asylbewerber, die [...] nach Deutschland einreisen, aus Syrien und Afghanistan stammen. Allein bis Anfang Juni wurden in Deutschland bereits wieder 135.961 Erstanträge auf Asyl gestellt (Ukrainer sind von diesem Verfahren ausgenommen und erscheinen deshalb nicht in der Statistik). Allein der Anteil von Syrern und Afghanen hieran beträgt 43,5 %. Von den Top-5 Herkunftsländern der Flüchtlinge in Deutschland fällt kein einziges unter die 20 %-Regelung. [...] Zur Wahrheit gehört auch: Keines der Verbrechen, die uns in letzter Zeit besonders schockiert haben, wäre durch eine frühere Einführung dieser Reform verhindert worden.“

Bürger so weit weg ist wie Brüssel, ist prinzipiell korruptionsanfällig. Das ist systemimmanent. Insofern bestätigt dieser tatsächliche oder vermeintliche Korruptionsfall nur unsere Kritik, daß die Macht nach unten gehört und dezentralisiert werden muß, weil jede entfernt agierende Macht über eine große Anzahl von Gebieten und Menschen automatisch korruptionsanfällig ist. Das alles ist keine Neuigkeit, ich fühle mich durch den „Fall Kaili“ in meiner Kritik am System bestätigt.

Eines der großen und ungelösten Probleme in Deutschland und Europa ist die Migrationsfrage, vor allem die der illegalen Massenzuwanderung aus kulturfremden Räumen. In

Vorfeld der EU-Innenministertagung in Luxemburg plakativ: „Die EU muß voll auf die Asylbremse steigen!“ Allerdings blieben starke Worte bisher ohne wirksame Folgen. Was tun, wenn sie weiterhin folgenlos bleiben?

Diese endlose Migrationspaktiererei wird folgenlos bleiben, weil man an die eigentlichen Ursachen nicht herangehen will. Es beginnt rechtlich damit, daß die Genfer Flüchtlingskonvention ursprünglich nicht dafür geschaffen worden ist, um mit den heutigen Migrationsströmen fertig zu werden.

Die Genfer Flüchtlingskonvention gewährt einen Rechtsanspruch auf Prüfung des Asylantrags im Inland, so die umstrittene Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Alle herkömmlichen Parteien trauen sich aber nicht an dieses „humanitäre Völkerrecht“ heran. Sie betonen immer wieder, daß das humanitäre Völkerrecht und das Asylrecht unangetastet bleiben sollen. Nur: Damit haben *de facto* zwei Drittel der Menschheit einen Anspruch auf Einreise und Überprüfung ihres Begehrens im Inland. Wenn man das vorbeugend verhindern wollte, dann müßte endlich und konsequent eine Diskussion über die Realitätsanpassung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention begonnen werden, was aber nicht passiert.

Das zweite ist, daß man sich über die Migrationsmotive im klaren sein muß. Diese Leute kommen ja aus einem ganz einfachen Grund, nämlich wegen der ihnen gewährten üppigen Sozialleistungen. Wir registrieren in Deutschland inzwischen, daß mehr als 50 Prozent der Hartz-IV- oder Bürgergeld-Empfänger keinen deutschen Paß haben. Dazu kommt noch eine Heerschar von „Eingebürgerten“. Sie können also davon ausgehen, daß ethnisch Deutsche beim Bürgergeld mittlerweile nur mehr zu ca. einem Drittel vertreten sind. Kurzum: Wer Migrationsströme mindern und damit die Kapazitätsgrenzen von Aufnahmemöglichkeiten beschränken will, muß den Migrationsmagneten abschaffen.

Immerhin geht der geschlossene Kompromiß auf die Problematik rund um sogenannte Pushbacks und Abschiebungen ein. In Zukunft könnte, so der Vorschlag, auch in Länder abgeschoben werden, die nicht die originären Herkunftsländer der Asylbewerber sind. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das war es dann allerdings auch mit den positiven Bemerkungen, der ganze Rest – also feste Aufnahmequoten, verpflichtende Migrantenverteilung oder Strafzahlungen etwa – ist großer Mist. Der Chef unserer flämischen Schwesterpartei, Tom van Grieken, hat es so ausgedrückt: „Wir brauchen keinen Umvolkungspakt, sondern eine Festung Europa“, und dem schließe ich mich vollumfänglich an.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán repräsentiert in eindrucksvoller Weise das Alternativprogramm zur Regenbogen-EU: Er stellt sich gegen die fortschreitende Islamisierung, lehnt das Konzept illegaler Massenmigration ab, betont die christlichen Wurzeln des Kontinents und praktiziert diese Politik auch von Budapest aus für sein Land. Das erklärt wohl den Dauerbannstrahl aus Brüssel. Wie lange wird er ihm standhalten?

So lange die Ungarn ihn wählen! Das ist die große Frage. Es gibt nämlich starke Kräfte, die seine Abwahl im Blick ha-

ben. Noch steht die Mehrheit der Ungarn stabil zu Orbán. Wenn sie reisen, sehen sie ja, wie es mittlerweile in Westeuropa aussieht. Zunehmende multikulturelle Konfliktverwerfungen, wie sie z. B. in vielen deutschen Kommunen vorherrschen. Das wollen die Ungarn natürlich nicht. Aber was Orbán wirklich gefährdet, ist das enorme Geld, das die EU auszugeben bereit wäre, wenn die Ungarn zu ihm auf Distanz gingen. Brüssel und andere Akteure locken mit finanziellen Anreizen oder deren Entzug, wie mehrfach geschehen. Sozialpsychologisch spielt bei den mittelosteuropäischen Völkern noch folgendes eine Rolle: Viele verstehen ihre Zugehörigkeit zur EU als eine Vollendung ihres Freiheitskampfes gegen die Kommunisten. Insofern ist die EU für die Ungarn, aber auch für andere, angrenzende Länder weniger ein Zweckbündnis, sondern sie sehen darin ihre Selbstvergewisserung als Zugehörige zum politischen Westen. Es gibt eine neue Umfrage, da erklären weit mehr als zwei Drittel der Ungarn, daß sie in der NATO und in der EU bleiben wollen. D.h. man trennt zwischen dieser EU-Zugehörigkeit und der konkreten EU-Regenbogenpolitik, die man überwiegend klar ablehnt. Und das ist das Einfallstor für einen etwaigen Oppositionserfolg gegen Orbán.

Allerdings sticht bei Umfragen auch hervor, daß es bei den unter 30jährigen eine stabile rechte Mehrheit gibt und die EU-Freundlichkeit mehr auf die Älteren beschränkt ist. Insofern ist meine Prognose verhalten positiv: Ich glaube, daß die Ungarn nicht den Fehler machen werden, sich in den westlichen Niedergang einzureihen, sondern ihren Weg mit Orbán weiter gehen werden.

*Zweifellos haben Sie und die AfD in dem mutigen Ungarn Orbán einen wichtigen, vielleicht sogar den wichtigsten Partner auf Ihrer Seite. Welche haben Sie noch? In ganz Europa ist ein Aufschwung sogenannter populistischer Strömungen zu verzeichnen, und in Deutschland steht ihre Partei laut jüngsten Umfragen bei 19 Prozent. In Schweden und Italien gibt es Mitte-rechts-Regierungen. Was signalisiert Ihnen dieser Trend bündnispolitisch?*

Nun ja, für Westeuropa kann man sagen, daß die gesamte Nachkriegspolitik in einem Diskurs zwischen Mitte und Links stattgefunden hat. Jetzt wird aber immer deutlicher, daß die Begrenzung auf Mitte-links-Positionen nicht imstande ist, die sich neu stellenden Fragen und Probleme zu lösen. Insofern wird einer wachsenden Zahl von Bürgern klar, daß es auch rechte politische Möglichkeiten auf dem Meinungs- und Wählermarkt

gibt. Das läuft auf die begrüßenswerte Erkenntnis hinaus, daß nur unter Einbeziehung politisch rechter Parteien die großen Fragen in Deutschland und Europa gelöst werden können, sprich: der Erhalt der eigenen kulturellen Identität sowie die Selbstbehauptung der abstiegsbedrohten Mittelschichten.

Die politische Rechte ist aber, das muß man leider sagen, in verschiedenen euro-



Bild: © European Union 2023 - Source: EP

päischen Ländern in zentralen inhaltlichen Fragen noch nicht einig genug. Ich denke da an Fragen der Außenpolitik, wo gerade auch in Italien Meloni und die Schwedendemokraten ganz klar dem Kurs von Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock und der FDP-Abgeordneten Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die in Rußland einen Feindstaat sieht, folgen. Auch in den Fragen, wie und in welcher Form man europäisch zusammenarbeiten muß und soll, gehen die Meinungen auseinander. Die Rechtsparteien sind allzuoft damit beschäftigt, ihre Konkurrenzparteien der Linken und der Mitte einfach nur abzulehnen, anstatt ein schlüssiges eigenes Gegenkonzept zu präsentieren. Doch daran arbeiten wir zielstrebig, und ich bin im Einklang mit der AfD hier guter Dinge.

*Letzte Frage zum unseligen Ukraine-Rußland-Krieg: Da wird Ihnen und der AfD durch Leitmedien und Altparteien am laufenden Band vorgeworfen, daß Sie die Rolle des Aggressors Rußland verteidigen würden. Sie seien eine Fünfte Kolonne Moskaus. Was entgegnen Sie?*

Wir legen eine welt- und realpolitische Lageanalyse als Voraussetzung für eine differenzierte Urteilsbildung vor. Das hat aber mit einer Parteinahme für Rußland oder gar einer Funktion als Fünfte Kolonne nichts zu tun.

*Sondern?*

Damit, daß alle gegenwärtigen und weltweiten Konflikte ihre Ursache darin haben, daß es zwei große Modelle gibt, wie die Welt in Zukunft aussehen soll. Entweder wollen wir eine unipolare Welt auf der Basis eines als globale Einheitslösung verstandenen westlichen Liberalismus, also das „Ende der Geschichte“, im

Verbund mit den USA als hegemonialer Führungsmacht. Oder wir erkennen im Lagebild eine multipolare Welt, in der es verschiedene Regionen gibt, die ihre Räume selbst verwalten wollen. Wir sollten also beginnen, den Ukraine Konflikt als ein Beispiel für diesen Gegensatz zu erkennen. Die USA haben direkt vor der russischen Haustür ein Land namens Ukraine etabliert, das nach ihren Maßga-

**Die AfD versteht sich nicht als Fünfte Kolonne Moskaus und hält klar fest, daß der russische Angriff auf die Ukraine ein Bruch des Völkerrechtes war, der jedoch von der Politik der Regierung in Kiew und deren Hintermännern in den USA und der EU provoziert wurde. Auch in Zukunft wird Deutschland gute Beziehungen mit Rußland pflegen müssen. – AfD-Fraktion im Europaparlament**

ben arbeitet und schrittweise als Bestandteil westlicher Bündnisssysteme vorgesehen ist. Von daher bedeutet der russische Angriff zwar einen Bruch des Völkerrechtes, den Putin veranlaßt hat, aber es war genauso klar, daß die Politik, die man in der Ukraine seitens des Westens mit der Führungsmacht USA betrieben hat, diesen Angriff provozieren würde. Darüber habe ich eine unmißverständliche Rede in Straßburg gehalten, einen Monat vor dem Angriff übrigens! Dabei hob ich warnend hervor, daß, es zum Krieg kommen würde, wenn es so weiterginge, ob es uns gefällt oder nicht! Mir gefällt es natürlich auch nicht! Man wußte also, daß ein solcher Krieg in der Luft lag, jedenfalls nicht alles getan wurde, um ihn zu verhindern, was möglich gewesen wäre!

Wir nehmen also keine einseitigen Schuldzuweisungen vor, wir achten vielmehr auf die Wahrung deutscher Interessen. Und daraus folgt, daß wir mit Rußland gute Beziehungen zu pflegen haben, auch um weiterhin Erdgas und andere Energie aus Rußland zu beziehen. Hinzu kommt: Wir müssen auf allen möglichen politischen und diplomatischen Ebenen dazu beitragen, diesen schrecklichen Krieg zu beenden. Dazu gehört eben auch, auf seine Entstehungsgeschichte einzugehen, sie zu kennen. Schwarzweißdenken hilft da nicht weiter! Letztlich: Wir wollen die Ukraine als neutralen Staat sehen und nicht als NATO-Mitglied. Und somit sind wir – nach offizieller Lesart – bereits die Fünfte Kolonne Moskaus. Die sind wir zwar nicht, aber es läßt sich nicht vermeiden, daß wir so bezeichnet werden, wenn zu viele Akteure – leider – kriegsgeil geworden sind.

*Herr Dr. Krah, vielen Dank für das Gespräch!*